
Deutscher Industrie- und Handelskammertag

DIHK-Beitrag zur Konsultation der Europäischen Kommission zur neuen Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen

Der Investitionsbedarf zur Erreichung der Klimaschutzziele ist gewaltig. Die Europäische Kommission rechnet auf Grundlage konservativer Schätzungen für die bestehenden Ziele für das Jahr 2030 (- 40 % bis 2030 im Vgl. zu 1990) mit einem jährlichen Mehrinvestitionsbedarf von 260 Milliarden Euro. Der Investitionsplan für den Green Deal der EU zeigt deutlich, dass die Mobilisierung von privatem Kapital, v. a. durch Unternehmen, entscheidend sein wird. Hierfür muss die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Die Herausforderung wird sein, die richtigen Anreize zu setzen, ohne dabei Investitionsfreiheiten einzuschränken.

Initiativen der EU im Bereich „*Sustainable Finance*“ sollten Unternehmen den Zugang zu Finanzierungen für Investitionen in Klimaschutz und Energiewende erleichtern. Die Regulierung sollte ebenfalls darauf ausgerichtet sein, Sektoren im Übergang zu einer klimafreundlicheren Produktion die notwendigen Investitionen zu ermöglichen. Zudem dürfen Sektoren, die Ausgangs- oder Zwischenprodukte, die zur Herstellung von Produkten für Klima- und Umweltschutz benötigt werden, keine Nachteile erleiden. Ganze Sektoren per se als nicht nachhaltig einzustufen scheint vor diesem Hintergrund fragwürdig, da deren Zugang zu Finanzierungen pauschal erschwert oder sogar verhindert würde.

Die Transformation der Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit wird kostenintensiv sein und mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Jede Bemühung um mehr Nachhaltigkeit muss finanzierbar sein. Dazu müssen Anreize geschaffen werden, um eine Transformation zu nachhaltigen Produkten und Wirtschaftsaktivitäten voran zu bringen.

Innovative Unternehmen sind insbesondere auf die Finanzierung über den Kapitalmarkt (Private Equity, Börsen etc.) angewiesen. Hier gilt es, die Rahmenbedingungen für Investitionen in Schlüsseltechnologien und Innovationen zu fördern und attraktiver zu gestalten.

Die Regulierung muss zudem so ausgestaltet werden, dass der bürokratische Aufwand für betroffene Unternehmen auf das notwendige Minimum beschränkt wird. Dies gilt insbesondere für KMU, die v. a. durch die notwendige Offenlegung von Daten zur Nachhaltigkeit nicht überfordert werden dürfen. Die Proportionalität muss gewahrt werden und Ausnahmen für KMU von Offenlegungspflichten müssen geschaffen werden.

Die Taxonomie sollte lediglich deskriptiven, nicht-normativen Charakter haben und weiterhin nur auf Finanzprodukte Anwendung finden. Keinesfalls sollte die Taxonomie für alle Bank- und Versicherungsprodukte verpflichtend werden, anderenfalls drohen massive Engpässe bei der Unternehmensfinanzierung und Nachteile europäischer Unternehmen im internationalen Wettbewerb.

Die Vertreter aus Industrie und Handel sind an der Ausarbeitung der Regeln für *Sustainable Finance* intensiver und unmittelbarer als bisher zu beteiligen, damit die Interessen der Realwirtschaft stärker berücksichtigt werden. Dies gilt u. a. für die *Sustainable Finance Platform*, die auf Grundlage der neuen Taxonomie-Verordnung geschaffen und mit der Erarbeitung konkreter Nachhaltigkeitskriterien betraut wird.

Ein *Green Supporting Factor* ist abzulehnen, solange ein geringeres Risiko für nachhaltige Vermögenswerte nicht tatsächlich messbar und nachweisbar ist. Anderenfalls wäre die Finanzstabilität gefährdet. Auch ein pauschaler *Brown Penalizing Factor* ist ebenso wie die Einführung einer sogenannten „*brown list*“ abzulehnen. Dies könnte dazu führen, dass Unternehmen nicht mehr finanzierbar sind, obwohl sie ggf. in einer gesamten Wertschöpfungskette eine wichtige Funktion übernehmen. Dadurch könnten sinnvolle, insgesamt nachhaltige Produkte oder Lösungen in der Umsetzung gefährdet werden.

Erdgas ist zudem grundsätzlich nicht als „nicht-nachhaltig“ zu klassifizieren. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, werden in vielen Mitgliedsstaaten Gaskraftwerke in Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Und in der Industrie wird trotz des fortschreitenden Einsatzes CO₂-neutraler Gase für viele Produktionsprozesse weiter Erdgas genutzt werden.

Es ist zwingend erforderlich, dass die Konkretisierung weiterer Maßnahmen im Bereich Sustainable Finance transparent und in enger Abstimmung mit der Realwirtschaft im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erfolgt. Ein nationales Goldplating von Nachhaltigkeitsstandards im Finanzwesen ist abzulehnen.

Die Mittel aus der Versteigerung der Zertifikate im EU ETS sollten weiterhin zum größten Teil den Mitgliedsstaaten zugewiesen werden. Diese können die Mittel gezielter einsetzen, u. a. um den Wandel in der Wirtschaft in Abhängigkeit ihrer spezifischen Wirtschaftsstruktur zu unterstützen und passgenaue Carbon Leakage-Schutzmechanismen zu finanzieren.

Der DIHK bewertet es positiv, dass der Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Fonds für einen gerechten Übergang auch Mittel für einkommensstärkere Mitgliedsstaaten wie Deutschland vorsieht. Regionen, in denen die Kohle eine starke Rolle spielt, benötigen Unterstützung beim Strukturwandel. Betroffen von einem Ende des Kohleabbaus und der Kohleverstromung sind insbesondere auch die meist mittelständischen Zulieferer und Dienstleister.

Die Leitlinien für Umweltschutz- und Energiebeihilfen sollten an die sekundärrechtlichen Vorgaben des Pakets „Saubere Energien für alle Europäer“ angepasst werden, die zu einer kosteneffizienten Energiewende und somit zum Green Deal beitragen. Dies gilt insbesondere für Regeln bezüglich

Kapazitätsmechanismen, der Förderung erneuerbarer Energien, der Eigenversorgung, der KWK-Förderung und der Ermäßigung der finanziellen Beiträge zur Förderung erneuerbarer Energiequellen. Die Notwendigkeit, energie- und handelsintensive Unternehmen weiter vor Carbon Leakage zu schützen, muss bei der Novelle ausreichend berücksichtigt werden. Analog sollte im Rahmen nationaler CO₂-Bepreisungsinstrumente für Sektoren außerhalb des EU ETS ein Schutz vor Carbon Leakage möglich sein.

Wer wir sind

Unter dem Dach des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) haben sich die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich der DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein.

Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zu gemeinsamen Positionen der Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Darüber hinaus koordiniert der DIHK das Netzwerk der 140 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in 92 Ländern. Er ist im Register der Interessenvertreter der Europäischen Kommission registriert (Nr. 22400601191-42).